

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Juni 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 71

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Moritz Schröder †. — Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Danzig.
Korrespondenzen: Wittenburg. — Wittenburg-Herborn. — Kleve. — Leipzig (S.). — Straubing (S.). — Wiesbaden (M.-S.). — Wiesbaden (S.).

Ausblick: Keine Staatsdruckerei in der Schweiz. — Geschäftsgemein einer Schnellpressfabrik. — Ferienverweigerung für städtische Arbeiter. — Weitere Differenzen im Malergewerbe. — „Volksfürsorge.“ — Gewerbegerichtswahlen in Königsberg. — Kunstbörsen und Koalitionsrecht. — Von der Gewalttätigkeit der Grubendirektionen.

Moritz Schröder †

Am 21. Juni in der Frühe wurde Kollege Schröder von seiner schweren Krankheit erlöst; ein unheilbares Herzleiden machte seinem arbeitsreichen Leben ein Ende zur selben Zeit, in der die Sendboten der deutschen Gehilfenschaft in Danzig über die ferneren Geschicke unserer Organisation in ersten Beratungen sich befinden.

Moritz Schröder wurde im Jahre 1848 in Volkmarisdorf bei Leipzig geboren und erlernte in Leipzig den Buchdruckerberuf. Sein Auslernen fiel gerade in die große Zeit, in der sich der Leipziger Fortbildungsverein an die Spitze, die in örtlichen Gehilfenvereinen zerstreute deutsche Gehilfenschaft in einer zentralen gewerkschaftlichen Organisation, unserm Verbande, zusammenzuführen. Seit dieser Zeit gehörte der Verstorbene ununterbrochen unserer Organisation an, in der er überall wo er war in den vordersten Reihen zu finden und in erspriehlicher Weise für dieselbe tätig war.

Auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung stellte Schröder seinen vollen Mann, das Vertrauen der Arbeiterschaft seiner Vaterstadt sendete ihn in späteren Jahren in die dortige Kommunalverwaltung. Diese Tätigkeit frug ihm unter dem Sozialistengesetz im Anfang der achtziger Jahre seine Ausweisung aus dem im Belagerungszustande sich befindlichen Leipzig ein. Nach mißlungenen Versuchen, sich an verschiedenen Orten mit seiner Familie eine neue Heimat zu gründen, fand er im Jahre 1884 in der Buchdruckerei J. S. W. Dieß in Stuttgart eine bleibende Stätte. Stuttgart sollte seine zweite Heimat werden.

Nach der für die Gehilfenschaft so unglücklich verlaufenen großen Bewegung des Jahres 1891 war es in Stuttgart recht schwer, den geeigneten Kollegen an die Spitze des Gaus Württemberg zu finden. Kollege Schröder stellte sich trotz seiner nicht allzu gefestigten Gesundheit in dieser kritischen Zeit zur Verfügung. Schwere innere Kämpfe galt es glücklich zu übersehen, schwere Sorge bereitete dem Verstorbenen die Entwicklung unsres Gaus, unermüdet war er bestrebt, die Gehilfenschaft in Stadt und Land unserer Organisation zuzuführen; seiner erspriehlichen Tätigkeit war es mit zu verdanken, daß während der Ausübung seines Amtes als Gauvorsitzer in den Jahren 1892—1899 fast der letzte Buchdruckergehilfe unsres Gaus Kenntnis von der Existenz unserer Organisation erhielt, die in dieser Zeit vielfach noch nicht vorhanden war, und derselben in der Folgezeit Hunderte von Kollegen zugeführt werden konnten. Seine stark erschütterte Gesundheit zwang ihn, von dem ihm so lieb gewordenen Posten zurückzutreten.

Soweit es ihm nun in der späteren Zeit seine Gesundheit erlaubte, blieb er ein treuer eifriger Förderer unsrer Verbandes. Im Jahre 1907, als der Gau Württemberg sein 40jähriges Jubiläum feierlich beging, unterzog sich der Verstorbene der außerordent-

lichen Mühe, eine umfangreiche Festschrift zu verfassen, welche ihm schon allein bei den Verbandsmitgliedern des Gaus ein unvergängliches Denkmal zu setzen geeignet ist.

Seit der Wahl als Gauvorsitzer wurde Schröder ununterbrochen durch das Vertrauen seiner Kollegen zu den jeweiligen Verbandsparlamenten berufen. Die Generalversammlung in München im Jahre 1902 konnte er wegen Erkrankung nicht besuchen.

Welche Werkschätzung der Verstorbenen in den Reihen der deutschen Kollegenschaft genos, und welches Vertrauen der Verbandsvorstand unserm Moritz Schröder entgegenbrachte, dürfte am allerdeutlichsten dadurch bewiesen sein, daß unsre letzte Generalversammlung in Hannover den Beschluß faßte, den Verstorbenen zu beauftragen, zum 50jährigen Jubiläum unsrer mächtigen Organisation eine umfangreiche Geschichte niederzuschreiben. Mit der ihm eignen Umsicht und dem ihm eignen Eifer bemühte er sich, umgehend an die Zusammentragung des weitverkreuten Materials heranzutreten. Leider mußte er bald die unliebsame Wahrnehmung machen, daß seine Kräfte nicht mehr ausreichten, dem ehrenvollen Auftrage gerecht zu werden. Sein Leiden steigerte sich derart, daß er gezwungen war, seine beruflichen wie überhaupt jede Tätigkeit völlig aufzugeben. Nur ganz kurze Zeitspalle es ihm verblieben, die Segnungen der Organisation für invalide Kollegen genieszen zu dürfen. In den Annalen des Gaus Württemberg bleibt der Name Moritz Schröder unauslöschlich eingegraben.

Ehre seinem Andenken!

Ks.

Die Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Danzig

Vierter Tag.

Zwecks Erörterung verschiedener Angelegenheiten, über die sich eine nichtöffentliche Behandlung empfiehlt, werden die Beratungen an diesem Tag in geschlossener Sitzung geführt.

Döblin verbreitet sich in längeren Ausführungen über die einzelnen Punkte, bespricht eine Reihe von Erscheinungen gewerblicher und allgemein gewerkschaftlicher Natur, sie kritisch würdigend, Direktiven dazu gebend oder eine Stellungnahme der Generalversammlung in dieser oder jener Beziehung verlangend.

Die Debatte ist eine rege, es sprechen — vereinzelt wiederholt — Engelbrecht, Steinhardt, Pröpper, Gramann, Giesecke, Monizki, Seiß, Knoblauch, Lorenz, Fülle, Wielepp, Massini, Maraun, Kesselbarth und Suß.

Die Generalversammlung stellt sich bezüglich der Frage, welche Stellungnahme unsre Organisation zu den Prinzipalen, die wegen des besonderen Fonds aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgetreten sind oder mit dem 30. September d. J. ausgeschlossen werden dürften, einnehmen soll, auf den Standpunkt, hier erst einmal abzuwarten, wie sich diese Verhältnisse entwickeln werden.

Aus der Erörterung unsres Verhältnisses zur allgemeinen Arbeiterschaft geht als Extrakt hervor, daß der Verband die Selbstständigkeit der Gewerkschaften betont, wie er auch an der Selbstverständlichkeit der Neutralität festhält. Wenn gerade der letzteren Voraussetzung unferseits auch immer ausgesprochen worden sei, so habe die Erfahrung doch gelehrt, daß der Verband in der Öffentlichkeit immer wieder als sozialdemokratische Organisation charakterisiert werde. Wegen derartiger Prehtreibereien und agitatorischen Machinationen sich besonders aufzuregen, liege keine Veranlassung vor, denn unsre Gegner würden doch fortfahren in diesen Angriffen. Sie resultierten nicht zuletzt auch aus der Erfahrung der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Der Verband werde seinen bisherigen Weg weitergehen und durch seine Handlungen beweisen, daß er weder eine andre Richtung eingeschlagen habe, noch der Über-

neutralität Konzessionen zu machen gedenke. Daß unsre Organisation über 90 Proz. der Gehilfenschaft umfasse, spreche genug dafür, was praktische Neutralität vermag. Unsre Stellungnahme zur allgemeinen Arbeiterbewegung solle keine Veränderung erfahren, denn die Arbeiterschaft habe es gegenwärtig sehr notwendig, Geschlossenheit zu zeigen. Aber es werde auch erwartet, daß von allen Körperchaften und Organen der Arbeiterbewegung darauf gehalten wird, daß nichts geschieht, was zu irgendwelchen Sandhaben gegen die Gewerkschaften Material liefert. Es kommen verschiedene Fälle zur Sprache, wo diesem Erfordernis nicht Rechnung getragen wurde. Diese Vorkommnisse ließen es als notwendig erscheinen, daß auch in den örtlichen Instanzen nur Beschüsse gefaßt und Maßnahmen getroffen werden, die zu keinen Anfechtungen Anlaß geben und in jedem Betracht zu verantworten sind.

Das Thema von der Zurückhaltung der Leistungen erfährt eine eingehende Diskussion. Der Behauptung von Prinzipalsseite, daß diese Erscheinung speziell in den Großbetrieben wahrzunehmen sei, und daß hauptsächlich die Drucker dafür in Betracht kommen, wird entgegengehalten, daß dies nicht zutreffend sei. Das Aufseher- und Kontrollsystem verbühne schon, daß zu wenig gearbeitet wird. Es kommen weiter Maximen der Geschäftsleitungen und Faktoren zur Sprache, die darauf angelegt sind, die Arbeitsleistungen noch mehr zu steigern. Die Komplizierung der Maschinen habe auch diffizileres Arbeiten daran zur Folge. Für falsche Dispositionen der leitenden Stellen und Mangelhaftigkeit des Arbeitsgerätes dürfe man nicht die Gehilfen verantwortlich machen. Ferner werden Fälle erwähnt, wo leitens der geschäftsführenden Personen Abteilungen so unterschiedlich gelobt und gefadelt wurden, daß unmöglich hier ein Zurückhalten mit der Leistungen vorliegen könnte. Demgegenüber wird jedoch an der Hand von Einzelvorkommnissen dargelegt, daß wenn nicht immer korrekt gehandelt werde, wir auch den Mut haben müssen, nachgewiesene Verfehlungen zu mißbilligen und dahin zu wirken, daß durch solche vereinzelte Verfehlungen nicht die Gesamtkollegenschaft verächtlich und geschädigt werde. Obwohl von Druckerseite solche Vorkommnisse bestritten werden, sind die Behauptungen eines Vorstandsvertreters, der selbst Drucker ist, doch nicht zu widerlegen. Der Vorsitzende faßt die Aussprache dahin zusammen, daß unberechtigten Vorstellungen der Prinzipale entgegengetreten werden wird, aber auch die gelichalterten Einzelvorkommnisse unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Die Organisation dürfe das nicht dulden.

Zum Schluß kommt die Berichterstattung über den Begrüßungsabend in Danzig in Arbeiterblättern zur Sprache. Im Auftrage des Berichterstatters erklärt Wielepp, daß dieser aus der Mitwirkung einer Militärkapelle und der Begrüßungsansprache eines Danziger Stadtrats gar nicht beabsichtigt habe, Schlüsse zu ziehen, wie sie aus dem Berichte herausgelesen worden sind.

Vorlesender Döblin bedauert, daß die Absicht des Berichterstatters nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht ist, um Mißverständnisse in der Öffentlichkeit auszuschließen. Die Verhältnisse in den einzelnen Orten seien so verschieden gelagert, daß man die der Großstadt nicht zur Grundlage nehmen könne.

Pröpper bringt zum Schluß eine Richtigstellung vor, die am Schluß der Berichterstattung in dieser Nummer sich befindet.

Die Sitzung wird dann gefittiger abgebrochen, um einer Verankertung der Kollegenschaft des Gaus Westpreußen beizuwohnen zu können.

Fünfter Tag.

Vormittagsitzung.

Döblin eröffnet um 8 1/2 Uhr die Sitzung und stellt den dritten Punkt der Tagesordnung, „Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Vorstandsbeschlüssen“, zur Diskussion.

Steinhardt begründet den Hamburger Antrag, wonach in § 1 des Verbandsstatuts Absatz b die Worte „in bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit“ durch die Worte: „in bezug auf das gesamte Arbeitsverhältnis“ ersetzt werden sollen. Das sei eine Anpassung an die moderne Entwicklung durch die Tarifgemeinschaft, die sozulagen alle Fragen des Arbeitsverhältnisses im Buchdruckgewerbe einschließt.

Döblin weist darauf hin, daß durch diesen Antrag doch gar nichts an den bestehenden Verhältnissen geändert werde. Der Vorstand hat auch ohnedies die Pflicht, das ganze Arbeitsverhältnis nach den Prinzipien unsres Ver-

handes und des Tarifs zu überwachen; größere Bedenken habe aber der Verbandsvorstand trotzdem nicht gegen die beantragte Änderung.

Fülle erblickt in solch rein formellen Veränderungen keine Verbesserung, da sonst in gleichem Sinn auch noch andre Paragraphen umgedeutelt werden müßten.

Steinhardt widerspricht dem, da bei dem Antrage gar keine prinzipiellen Bedenken in Frage kommen.

Hierauf wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der weitere Antrag von Hamburg zu § 1, wonach der Verband in Gauen, Bezirke und Mitgliedschaften eingeteilt werden soll, wird als erledigt betrachtet, da sinngemäß die gewünschte Vorrichtung schon im Verbandsstatut enthalten ist.

Döbbling gibt sodann zu dem nächsten Abänderungsantrage von München, der eine Bezirkserteilung der Gauen direkt vorschreiben will, zu bedenken, daß durch solche Anträge doch die Selbstverwaltung der Gauen beschränkt wird, weshalb diese Frage den einzelnen Gauen überlassen werden sollte.

Döbbling begründet den Antrag nach dem Wunsch einer geringen Mehrheit der Mitgliedschaft München und für einzelne andre Mitgliedschaften Bayerns, die die Bezirkserteilung wünschen.

Seit erbucht den Antrag abzulehnen. Es sei sehr schwer, eine solche Bezirkserteilung Gauen aufzupropfen, die ihre ganze Geschäftsführung auf anderer Grundlage aufgebaut haben. Das führe zu besonderen Beitragsbeiträgen, und dem seien viele Kollegen in Bayern wie auch in andern Gauen abgeneigt.

Kanfer wendet sich gleichfalls dagegen und verweist auf den Gau Württemberg, wo sogenannte Litigationsbezirke bestehen, die ohne besondere Beitragsleistung ganz auf ihren Zweck erfüllen, ohne durch das Verbandsstatut vorgeschrieben zu sein.

Der Antrag München wird hierauf mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Nach kurzer Erläuterung Döbblings zu dem Antrage von Hamburg, wonach in § 2 des Verbandsstatuts hinter dem Worte „Buchdrucker“ das Wort „Korrektor“ eingeschaltet werden soll, wird dieser Antrag zurückgezogen, weil seine Konsequenzen in Anbetracht der künftig zunehmenden Arbeitsleistung im Buchdruckgewerbe die größte Vorzicht nötig machen.

Döbbling begründet darauf den Antrag des Verbandsvorstandes zu § 2, der für die Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband strengere Bestimmungen hinsichtlich ihrer technischen Leistungsfähigkeit und Gesundheit vorschlägt. Es habe sich die Aufnahme solcher Kollegen, die keine genügende berufliche Ausbildung besitzen oder mit besonderen körperlichen Gebrechen behaftet sind, als sehr bedenklich erwiesen. Es müsse durch das Statut festgelegt werden, daß unfähige Personen im Verbandsrat kein Unterkommen finden können. Die Forderung von technischer Prüfungen habe keinen großen Wert, da es nicht selten vorkomme, daß in den Prüfungskommissionen der Gauvereine Mitglieder zu finden seien, die überhaupt nicht zu dem in Frage kommenden Berufe gehören. Da beste nur eine strengere Prüfung der technischen Qualifikation von untrer Seite. Gleich streng müßte auch die Gesundheit der Aufzunehmenden mehr beachtet werden. Es gebe Fälle, wo Kollegen aufgenommen wurden, die kaum instande gewesen wären, die niederste Kategorie in der Beitragsleistung zurückzuführen und dann für ein ganzes Menschenalter der Organisation als Invaliden zur Last fallen.

Leichmann warnt vor Aufnahme von Kollegen, die technisch nicht einwandfrei dastehen, und begründet die Notwendigkeit, dabei hauptsächlich in den Stereoskopabteilungen auf diesbezügliche Ordnung zu sehen.

Döbbling sieht in der eventuellen Annahme des Antrags die Richtschnur für den Vorstand, in geeigneter Weise von Fall zu Fall an maßgebenden Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß Laubstümme und sonstige Gebrechliche äußerst schwer im Buchdruckgewerbe fortkommen, und zwar um so schlechter, je mehr die Sehmachstine zur Einführung kommt und überhaupt die Handarbeit mehr und mehr verdrängt wird.

Steinhardt gibt zu bedenken, daß die jungen Kollegen nicht immer allein schuld an ihrer schlechten Ausbildung sind, daß es darum eine Härte wäre, in solchen Fällen keine Ausnahme zu machen. Die Einrichtung von gewerkschaftlichen Prüfungskommissionen wie in den Vereinigten Staaten könnte vielleicht Besserung bringen.

Knoblauch tritt für den Antrag des Vorstandes ein; ebenso Dijkstra, der verschiedene Fälle schildert, wo Prinzipale, die Mitglieder von Gehilfenprüfungsausschüssen waren, gewissen Gehilfen sehr gute Zensuren gaben, nachträglich aber selbst die betreffenden Gehilfen wegen technischer Unfähigkeit entlassen mußten.

Döbbling regt an, gleich wie im schweizerischen Statute für gebrechliche Mitglieder einzelne bedrohte Klassenzweige auszuscheiden und sie nur zu sogenannten Gewerkschaftsbeiträgen heranzuziehen.

Nach kurzen Bemerkungen Döbblings zu dem letzteren Vorschlage wird der Antrag des Verbandsvorstandes angenommen und der Vorschlag Döbblings unter Hinweis auf die bisherige Praxis abgelehnt.

Hierauf wird kurz über eine von Weimar beantragte Erhöhung der Wiedererhebunggebühr debattiert und der bisherige Satz von 2 auf 3 Mk. erhöht, unter Ablehnung des beantragten Satzes von 5 Mk. Sodann werden die Anträge, die eine materielle Belastung des Verbandes in sich schließen, bis zur Stellungnahme zur Berichterstattung der Kommission für die Unterstufungseinrichtungen zurückgestellt.

Der zu § 5 des Statuts von Mainz gestellte Antrag, den Verbandsvorstand bei Ausschüssen aus dem Verband auszuschließen und nur die betreffende Mitgliedschaft maßgebend sein zu lassen, wird nach kurzer Debatte, worin sich

Conrad befürwortend, Döbbling und Mussial dagegen aussprechen, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Über den Antrag Grafenhainichen, der den Ausschluß aus dem Verbands für jede Zuwiderhandlung gegen allgemeingewerkschaftliche Interessen und Beschüsse wünscht, wird, weil zu dehnbar, einstimmig keine Diskussion gewünscht.

Die Anträge von Köln, Kassel, Leipzig usw., die für Vergehen einzelner Mitglieder gegen das Verbandsstatut auch noch andre Strafen als direkten Ausschluß möglich machen sollen, entfallen eine längere Debatte.

Albrecht (Köln) begründet an einem Vorkommnis in Mainz die Notwendigkeit dieser Forderung, da dadurch große Mißbilligkeiten in den Mitgliedschaften befestigt werden könnten.

Ebel äußert sich in gleichem Sinne, wünscht aber auch Strafmittel ideeller Natur, wie z. B. Anerkennung von Ehrenämtern sowie Ausschluß von Veranlassungen, wenn besondere Notwendigkeit dafür vorliegt, und zeitweiligen Entzug von Unterstützungen, wenn ein Mitglied sich gewerkschaftlicher Disziplin und Ordnung nicht fügt.

Engelbrecht erklärt sich damit einverstanden, daß diese Anträge dem Verbandsvorstand lediglich als Richtschnur anheimgegeben werden, jedoch mit der Voraussetzung, daß auch die von Ebel angebotenen Strafen ideeller Natur in geeigneten Fällen zur Anwendung kommen.

Kannack wünscht, daß die diesbezügliche Entscheidung in jedem Fall auf Vorschlag des zuständigen Gauvorstandes dem Zentralvorstand überlassen wird. Darauf wird als beste Lösung dieser Frage der Antrag Köln, wonach bei milderen Umständen auf eine andre Strafe als auf den Ausschluß erkannt werden kann, angenommen.

Der Antrag Kassel auf weitere Spezialisierung des § 5 wird von Döbbling als unpraktisch und bedenklich bezeichnet, worauf nach längerer Befürwortung durch Engelbrecht der Antrag unter allgemeiner Zustimmung als abgelehnt betrachtet wird.

Sodann wird der Antrag des Verbandsvorstandes, den Satz in § 13, der dem leitenden Redakteure des „Korr.“ Sitz und Stimme im Verbandsvorstand einräumt, zu streichen, von Döbbling begründet, und zwar durch die Notwendigkeit, einen zweiten Kassierer im Hauptvorstand anzustellen, der drei Kollegen entlastet, ferner der Verbandsvorstand auch als Beschwerdeinstanz gegen und für die Redaktion des „Korr.“ in Frage kommt und die Voraussetzungen, die seinerzeit zu dem Beschlusse einer engeren Verbindung der Redaktion mit dem Zentralvorstand Anlaß gaben, inzwischen zum größten Teil in Wegfall gekommen sind.

Mussial ist der Ansicht, daß die Voraussetzungen, die seinerzeit in Köln in dieser Frage maßgebend waren, auch heute noch zutreffen, da die räumliche Entfernung zwischen Redaktion und Verbandsvorstand zu groß sei und darum auch jetzt noch eine Verlegung des „Korr.“ nach Berlin zweckmäßig wäre.

Ebel ist gegen den Vorschlag des Verbandsvorstandes, weil die Redaktion unbedingt in alle Einzelheiten der für den Verbandsvorstand von Wichtigkeit sind, eingeweiht sein müsse, was aber durch die jetzige Trennung von Redaktion vom Sitz des Verbandsvorstandes nicht gut möglich sei. Darum sei aufs neue der Gedanke ins Auge zu fassen, den „Korr.“ nach Berlin zu verlegen.

Krahl stellt fest, daß die Verbindung zwischen Redaktion und Zentralvorstand auch ohne die hier zu streichende Bestimmung möglich sei. Es werde durch diese statutarische Befestigung die Arbeit der Redaktion nur erschwert, da die Redaktionsarbeit eine viel schwierigere sei als in andern Gewerkschaftsredaktionen. Verbandsvorstand und Redaktion arbeiten sehr gut miteinander auch ohne dies, darum könne er dem Antrag auf Streichung dieser Bestimmung in § 13 nur zustimmen.

Knoblauch legt der Sache keine größere Bedeutung mehr bei, da der leitende Redakteur selbst kein Gewicht darauf lege.

Auch Engelbrecht hat keine Bedenken wegen Streichung des Passus, obwohl ein früherer Redakteur des „Korr.“ der Meinung war, daß die Redaktion die Aufgabe habe, in Leipzig als Feuerwache gegenüber den Leipziger Kollegen wirken zu müssen.

Hierauf wird der Antrag des Verbandsvorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Hamburg auf Zuziehung eines Stenographen zu den Gauvorsteherkonferenzen wird von Döbbling als untauglich und sehr bedenklich bezeichnet. Was in der Öffentlichkeit im Interesse der Gehilfenschaft von diesen Konferenzen gebracht werden könne, gelte durch den „Korr.“ und in Berichten der Gauvorsteher in ausreichendem Maße.

Steinhardt wünscht trotzdem eine Entscheidung der Generalversammlung über diesen Antrag.

König bezeichnet diesen Wunsch als äußerst kurzschichtig und wundert sich, daß ein solcher Antrag überhaupt gestellt werden konnte.

Ebel stimmt mit Steinhardt darin überein, daß ausführlichere Berichterstattung von den Gauvorsteherkonferenzen im Interesse größerer Aufklärung der Mitglieder liege. Darauf wird Schluß der Debatte beantragt und dann der vorliegende Antrag Hamburg mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Magrothki begründet sodann den Antrag Danzig, in jedem Gau eine Person zur Wahrnehmung der Verbandsaufgaben freizustellen. Für kleine und weitverzweigte Gauen sei das eine unbedingte Notwendigkeit. Es müsse bezeugen für gründliche Aufklärungsarbeit in der Provinz auch im Interesse der Großstädte gesorgt werden. Dazu sind aber die kleinen Gauen mit wenig Mitgliedern und weitverstreuten Mitgliedschaften, wie z. B. im Osten Deutsch-

lands, kaum in der Lage, das durch eine Person des Gauvorstandes im Nebenamt auf die Dauer durchzuführen.

Döbbling weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die die Durchführung dieses Antrags angeht; des ganzen historischen Aufbaus des Verbandes hervorgerufen würde. In andern Gewerkschaften sei eine ganz andre Genossenschaft vorhanden, während bei uns eine gewisse Selbstständigkeit der Gauen vorhanden sei. Das könnte unter Umständen durch den Danziger Antrag gefährdet werden. Eine andre Gauenerteilung habe vieles für sich, aber in der Praxis sei sie nur schwer durchzuführen und ihr Vorzeil wirklich sehr fraglich.

Döbbling hält den Antrag ebenfalls nicht für annehmbar, da durch ihn die Freiheit der Gauen in der Wahl ihrer Führer beschränkt werden könnte. Dagegen wäre es empfehlenswert, den kleineren Gauen, die unter solchen Schwierigkeiten zu leiden haben, wie sie Magrothki schildert hat, aus der Verbandskasse einen größeren Zuschuß zu leisten.

Dem letzteren Vorschlage stimmt Dahncke ebenfalls zu, weil es sehr schwer sei, in kleinen Gauen die nötigen Kräfte für die kompliziertere Arbeit zu finden.

Auf Wunsch Döbblings wird der Antrag der Kommission für die Unterstufungseinrichtungen zur Berücksichtigung überwiegen.

Hierauf schließt sich die Beratung über den Antrag des Verbandsvorstandes „Die Amtsperiode der bediensteten Gauvorsteher ist mindestens auf drei Jahre festzusetzen.“ Döbbling begründet den Antrag, als eine Folge der Entwicklung unserer Organisation, die eine größere Stabilität der führenden Funktionäre in den Gauen bedinge, damit eine größere Einseitigkeit in der Verfolgung der Verbandsziele erreicht werde. Der Antrag entspreche übrigens nur Verhältnissen wie sie auch in andern Gewerkschaften schon längst eingeführt seien. Im Interesse der richtigen Einarbeitung in die schwierigen Aufgaben unserer Organisation und ihrer einseitlichen Durchführung wäre die Annahme dieses Antrags zu begrüßen.

Bleichmid kann die Notwendigkeit eines solchen Antrags nicht anerkennen. Es komme in der Praxis selten vor, daß wegen Differenzen ein anderer Gauvorsteher gewählt werde, das könne doch nur in ganz schweren Fällen möglich sein.

Bleichmid erblickt in dem Antrag eine Beschränkung der Rechte in den einzelnen Gauen und erbucht, den Antrag abzulehnen.

Döbbling erklärt den gestellten Antrag lediglich als eine Anregung des Verbandsvorstandes, weshalb auch seinerseits kein besonders großes Gewicht darauf gelegt werde.

Krafer bezeichnet die periodische Wahl eines bediensteten Verbandsfunktionärs als richtungsvoll und hält einmalige Anstellung mit Kündigungsvorbehalt, entsprechend den allgemeinen Arbeitsvertragsprinzipien, als das Bessere.

Pörten spricht gegen den Antrag des Verbandsvorstandes und wünscht vor allem eine Anstellung auf Probezeit, die im Falle der Unzufriedenheit mit dem Bediensteten ein Aufhebungsvertrag abgeschlossen würde, worauf der Verbandsvorstand bis zur nächsten Generalversammlung ein geeignetes Regulative auszuarbeiten sollte.

Döbbling ist der Ansicht, daß bei Annahme des Antrags keine Tendenz auch für andre Verbandsbeamte geltend haben könnte, für Verwalter usw.

Schweineschein ist gegen den Verbandsvorstandsantrag, da bis jetzt noch kein Angestellter des Verbandes entlassen worden ist, der sich im Gegensatz zum Willen mancher Mitgliedschreife der Taktik des Verbandsvorstandes angepaßt hätte.

Döbbling erbucht den Verbandsvorstand um Zurückziehung des Antrags, da er den Anschein einer Beschränkung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder statt einer Erweiterung erwecke. Auch die von Pörten gewünschte Probezeit der Angestellten sei jetzt schon vorhanden, und zwar gerade in der jeweiligen Amtsperiode, die durch Neuwahl in Berlin wie auch an andern Orten Jahr um Jahr vorgenommen werde, ohne Änderungen zu bringen. Darauf zieht der Verbandsvorstand den Antrag zurück.

Nachmittagsitzung.

Die Beratungen werden bei den zu § 23 gestellten Abänderungsanträgen fortgesetzt.

Pröpper begründet den Antrag Hamburg auf Abhaltung der Generalversammlungen alle zwei Jahre mit der gewerblichen und tariflichen Entwicklung, die dazu beitrage, daß sich wichtiger Beratungsstoff in verhältnismäßig kurzer Zeit anhäufe. Nachdem Grafmann, der die Verhandlungen vorübergehend leitete, namens des Verbandsvorstandes dessen Standpunkt klarstellte, erfolgte die Ablehnung des Antrags.

Ein von Stuttgart zum § 23 Abs. 1 gestellter Antrag wurde, nachdem ihn Kanfer begründet und Ebel dagegen gesprochen, einstimmig abgelehnt.

Die Anträge auf Verringerung der Delegiertenzahl gelangt gemeinsam zur Beratung.

Krafer macht den weiteren Vorschlag, auch alle Anträge, die eine Zulassung der Gauvorsteher ohne Wahl zur Generalversammlung fordern, zusammenfassend zu behandeln.

Albrecht (Berlin) hält die Anträge auf Zulassung der Gauvorsteher ohne Wahl für widerspruchsvoll. Auf der einen Seite wolle man eine Verringerung der Delegiertenzahl und auf der andern werde eine Vermehrung eintreten. Gegen den Antrag Hamburg, wonach Gauen bis zu 1000 Mitgliedern das Recht haben sollen, zwei Delegierte zu wählen, müsse er sich aussprechen. Die Zahl von 500 Mitgliedern sei wohl als Grenze einzufassen, um keine Nachteiligung größerer Gauen eintreten zu lassen. Eine Abänderung im Sinne des Antrags von Sangerhausen und Weihen halte er für schwierig. Am besten werde man fahren, wenn der bisherige Modus bestehen bleibe.

Grüpper führt aus, der Antrag Hamburg sei einer gewissen Generosität entkernen, um kleinen Gauen die Möglichkeit zu geben, außer dem Gauvorsteher noch einen weiteren Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden. Dieka empfiehlt die Ablehnung aller zu § 23 gestellten Anträge, weil sie zu große Widersprüche in sich schließen. Man solle es beim jetzigen Brauche belassen. Wenn ein Gauvorsteher zur Generalversammlung nicht gewählt würde, bestie er eben das Vertrauen der Mitglieder nicht. Demgegenüber weist Bähringer auf Fälle hin, in denen es nicht möglich war, an hervorragenden Stellen stehende Kollegen zur Generalversammlung zur delegieren, weil sie nicht aufgestellt wurden.

Döbblin führt aus, daß es nötig sei, bei der Festsetzung der Delegiertenlisten zu unteruchen, inwieweit die Möglichkeit vorhanden sei, mit einer solchen Körperschaft noch praktisch zu arbeiten, d. h. die Verhandlungen nicht unnötig zu erschweren. Auf die Vertreterwahl sei der Begriff Stagnation nicht anwendbar, sie werde immer im Verhältnis zur Mitgliederzahl stehen und die gleiche bleiben, auch wenn man auf 600 Mitglieder einen Vertreter rechne. Die Berücksichtigung gewisser Wünsche auf Hervortreten des einen oder andern Teils halte er für unmöglich. Jeder Delegierte habe Allgemeininteressen zu vertreten, keine Sonderinteressen, deshalb dürfe es nicht heißen die Großstadt — die Provinz. Je größer der Kreis der Vertreter, desto höher die Zahl der ihr „Griffenbedürfnis“ nachweisenden Redner. Auf diese Weise würde viel Raubbau an Zeit betrieben. Notwendig sei es, ein gerechtes Verhältnis zu schaffen, und im übrigen müsse es bleiben wie bisher, jeder Delegierte wird gewählt aus dem persönlichen Vertrauen der Mitglieder.

Einen weiteren zu § 23 Abs. 3 von Stuttgart und Nordheim gestellten Antrag begründet Kayser, indem er darauf hinweist, daß die Antragsteller die Gauvorsteher als integrierenden Teil des Verbandsvorstandes betrachten. Da sie gesetzgebende Kraft hätten, könnten sie nicht in eigener Sache zu Gericht sitzen.

Marshall geht auf die Motive zum Antrag Eisfeld usw. ein, die Gauvorsteher mit beratender und beschließender Stimme an der Generalversammlung teilnehmen zu lassen. Hilfe kennzeichnet die Stimmung, aus welcher der Antrag Meihen auf größere Berücksichtigung der Provinz geboren sei. Er sei darauf zurückzuführen, daß Dresden bei einer früheren Wahl alle Mandate in Anspruch nahm.

Döbblin hält das in Bayern zur Anwendung kommende Verfahren, auf dem Gantage die Orte zu bestimmen, welche die Kandidaten stellen, für einen glücklichen Ausweg.

Reuker bezeichnet das jetzige Wahlverfahren als wenig demokratisch; der Gauvorort sei meist in der Lage, andre Orte zu majorisieren. Der Antrag Braunschweig erstrebe die Einteilung der Gauen in Wahlkreise. Wenn er in der vorliegenden Form auch nicht aufrecht erhalten werden könne, so solle doch damit eine Änderung angeregt werden. Am praktischsten sei es, die Kandidaten auf Gausagen zu konzentrieren.

Durch die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme eines Antrages, den jetzigen Vertretungsmodus bestehen zu lassen, waren alle auf die veränderte Zusammenfassung der Generalversammlung gerichteten Anträge erledigt.

Ein Antrag Hamburg zu § 25, der mehr redaktioneller Natur, findet Annahme, ein anderer zu § 33, der die Anlegung des Verbandsvermögens betrifft, gibt Döbblin Anlaß, darauf hinzuweisen, daß für die Anlegung disponibler Gelder in erster Linie die Sicherheit maßgebend sei. Dieser Standpunkt sei auch in Hannover eingehend dargelegt worden. Der Hamburger Antrag treffe nur das, was bereits geschieht.

Nunmehr gelang eine Reihe von Anträgen zur Besprechung, welche die Mitgliedschaft in gegnerischen Organisationen und Klassen betreffen. Das Resultat der umfangreichen Debatte faßt Döbblin dahin zusammen, daß lediglich diejenigen für uns als Mitglieder in Betracht kommen, die gegen unsre wirtschaftlichen Bestrebungen in keiner Weise verstoßen. Zu derselben Frage macht Graßmann noch eine Reihe von Mitteilungen.

Die Generalversammlung überwies schließlich die Prüfung der Frage, inwieweit gegen Mitglieder vorzugehen ist, die gegnerischen Klassen angehören; der nächsten Gauvorsteherkonferenz.

Damit ist der dritte Punkt erledigt.

Bei Punkt 4, Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Sparten, weist Döbblin darauf hin, daß der Verbandsvorstand bemüht gewesen sei, almonastisch Ausdrücken mit den Vertretungen der Sparten zu pflegen. Diese seien recht nutzbringend gewesen. Bezüglich der an mehreren Orten hervorgetretenen Absicht auf Gründung einer Handseherparthe stehe der Verbandsvorstand auf dem Standpunkte, daß das Verbot der Gründung einer solchen Sparte nicht aufgehoben werden könne. Wenn jede Berufsgruppe bemüht sei, Einzelinteressen zur Durchführung zu bringen, dann könne das zu einer Gefahr für die Gesamtorganisation werden. Es zeige sich, daß die verschiedenen Spartenange und die Tätigkeit der Sparten überhaupt, Bezirks- und Gauvereinigungen zu bilden, ihre Wirkung auf die Handseherkollegen nicht verfehle. Nicht immer sei es im Interesse des Verbandes gelegen, wenn ein zu großes Brimborium auf Spartenagen gemacht werde. Dadurch müsse sich bei den Handsehern die Meinung festsetzen, sie seien minderen Rechts. Man stehe unter dem Eindruck, daß sich das ganze Vereinsleben innerhalb des Verbandes heute fast ausschließlich auf die Sparten konzentriere. Demgegenüber weise er darauf hin, daß den Sparten die Pflege des Reichlichen vorbehalten bleibe, einschließend der Befahrung ihrer Mitglieder über die Auslegung tariflicher Bestimmungen. Tarifpolitik dürfe indessen von den Sparten nicht getrieben werden, das sei ausschließlich Sache der Allgemeinheit. Eine Ausdehnung der Spartenbestrebungen über den heute

gesteckten Rahmen hinaus, etwa in Form von Kartellen, halte er für gefährlich. Hinweisen müsse er noch auf die Jahresberichte der Sparten, in denen unter Auberachfassung der Interessen der Allgemeinheit heftige Kritik geübt werde am Tarifabschlusse, häufig unter Hinweis auf Arbeitslosigkeit, für die keine Unterlagen gegeben seien. Dem Verbandsvorstande lege es vollständig fern, Mißtrauen gegen die Sparten herozurufen; seine Aufgabe sei es lediglich, sich schlüssig zu werden über alle Verhältnisse, die geeignet seien, der Organisation schwieriger Situationen zu bereiten, um zu rechter Zeit Verbündungsmahnahmen zu treffen. Durch die Absichten der Sparten, Sondervertretungen auf Gauvorsteherkonferenzen und Generalversammlungen zu erhalten, würden andre Berufsgruppen mit Gewalt auf Wege gebrängt, die nicht im Interesse des Verbandes gelegen sind. Im übrigen sei darauf zu verweisen, daß ohne besondere Vorrechte insgesamt 37 Spartenangehörige auf der Generalversammlung vertreten seien, nämlich 13 Korrektoren, 14 Maschinenseher, 7 Drucker, 3 Stereotypseure.

Braun begründet hierauf die Anträge der Sparten. Er sei überzeugt, daß die meisten Delegierten sich von vorne herein klar seien über die Stellung, welche sie zu den Anträgen der Sparten einnehmen. Jetzt sei Gelegenheit zu gründlicher Aussprache gegeben, denn die Sparten müßten eine strikte Rücksicht erhalten darüber, wie sich die Generalversammlung die Entwicklung denkt. Die Zentralkommissionen der einzelnen Sparten hingen heute in der Luft. Ihnen würde lediglich die Verantwortung aufgewälzt für alle Spartenlinder, auch wenn diese der Spartenvereinigung nicht angehörten. Ohne gehört zu werden, würden die Vertretungen der Sparten verurteilt, weil sie kein Recht hätten, auf Generalversammlungen vertreten zu sein. Auf der Gauvorsteherkonferenz habe sich

Der „Korrespondent“

unterrichtet seine Leser über alles, was ein mit der Zeit schreitender Buchdrucker wissen soll und wissen muß. Durch sein wöchentlich dreimaliges Erscheinen ist die schnellste Information auf allen Gebieten des beruflichen, gewerblichen und gesellschaftlichen Lebens ermöglicht. Eine Reihe tüchtiger Mitarbeiter im In- und Ausland unterstützt die Redaktion in dem Bestreben, den Inhalt des „Korr.“ zu bereichern. Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Zetzer des „Korr.“ sein, ist ein Begriff und eine Pflicht!

Abonnementsliste sofort erneuern!

Nur Postbezug — 65 Pf. vierteljährlich, 44 Pf. für zwei Monate, 22 Pf. für einen Monat — ohne das vorgeschriebene Bestellgeld

gezeigt, daß sich die Verbandsinstanzen nichts vergeben, wenn sie Anregungen der Spezialarbeiter entgegennehmen. Die Mitglieder der Zentralkommissionen wollten lediglich lernen, um keine Torheiten zu begehen, und gehört werden, ohne aus dem heutigen Rahmen herauszutreten. Die in den Berichten der Sparten zum Ausdruck kommende Mißstimmung sei begreiflich, angesichts der Verschlechterungen, welche bei der letzten Tarifrevision in Kauf genommen werden mußten. Kartellbestrebungen der Sparten könne auch er nicht gutheißen, das seien Überhebungen. Aus rein praktischen Gründen empfehle sich die Annahme der Anträge auf ein Vertretungsrecht der Sparten.

Leichmann (Weiln) gab der Meinung Ausdruck, daß es nicht erst der Stellung von Anträgen bedürftig hätte, um den Sparten Gehör zu verschaffen, das hätte durch eine Verständigung mit dem Verbandsvorstande besser erreicht werden können. Je schärfer sie ihre Spezialwünsche betonten, desto schärfer träten naturgemäß Interessengegenstände hervor. Wenn berücksichtigt würde, welcher starke Wille zur Einigkeit sich durch alle Debatte dieser Generalversammlung ziehe, müsse lediglich der Wunsch ausgesprochen werden, mit dem Verbandsvorstand eine Verständigung herbeizuführen.

Überdies hält es von großem Vorteile, wenn den Sparten Gelegenheit gegeben wird, an Gauvorsteherkonferenzen teilzunehmen. Die monatlichen Zusammenkünfte seien sehr ersprießlich zur Verbündung von Mißverständnissen. Bezüglich der Zulassung von Spartenvertretern ohne Wahl zur Generalversammlung stehe er allerdings auf einem andern Standpunkte. Was Gauvorstehern und Gehilfenvertretern nicht zugestanden wird, könne auch den Sparten nicht zugestimmt werden. Im Gegensaße zu Döbblin könne er (Redner) in der engeren Vereinigung der Sparten keinen Grund zu erhöhter Komplifikationsgefahr erblicken. Für Handseher sei die Bildung einer besonderen Sparte weniger notwendig, da dieser Berufsgruppe andre Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu Gebote stehen. Redner tritt im übrigen für Subventionierung der „Typographischen Mitteilungen“ seitens des Verbandes ein.

Reichardt führt aus, wenn die Sparten das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, das den Vertrauen der Mitglieder getragenen Delegierten zuteil, so könne er darin nur einen Ausfluß der Großmannslucht erblicken. Der Verbandsvorstand sei jederzeit in der Lage, zur Behandlung spezieller Fragen Spartenvertreter zuzuziehen. Es sei jedoch dem Organisationsinteresse nicht förderlich, wenn die unverantwortlichen Redner auf der Generalversammlung die verantwortlichen Delegierten überwiegen. Redner betont, er fühle sich frei von Spartenangehörigkeit, wenn er

dagegen sei, daß Spartenvertreter, ohne gewählt zu sein, zur Generalversammlung zugelassen werden. Man dürfe nur gewählte Vertreter anerkennen.

Döbbling begründet den von München gestellten Antrag auf Aufhebung des Generalversammlungsbeschlusses betreffend die Handseherparthe. Es sei nicht zu bestreiten, daß durch gewisse Vorrechte der Sparten innerhalb der Handseherkreise eine gewisse Verbitterung eingetreten sei. Diese würden zwar als Rückgrat des Verbandes bezeichnet, aber man berücksichtige ihre speziellen Berufsinteressen zu wenig. Die Münchner Handseherkollegen wünschten mit dem vom Verbandsvorstand beanstandeten Verammlungen lediglich Bestätigung dauernd in Anspruch zu nehmen, die ihnen für die Zeit vor der Tarifrevision von der Hannoverischen Generalversammlung zugestanden wurden, d. h. spezielle Beherverammlungen abzuhalten. In diesen sollte in erster Linie der Unkenntnis gesteuert werden, die in tariflichen Dingen bei vielen Gehilfen besteht. Ein Ausnahmehrecht sollte man nicht schaffen, sondern auch den Handsehern die Befugnisse der andern Sparten zugehen. Redner ersucht deshalb, es den Funktionären zu gestatten, Handseherverammlungen abzuhalten.

Döbblin stellt fest, daß der Verbandsvorstand mit seinem Beschlusse lediglich der Ansicht der Hannoverischen Generalversammlung Geltung verschafft habe. Wenn man sage, entweder Entdämmung der Befugnisse der Sparten oder auch den Handsehern Gerechtigkeit, so gehe aus dieser Argumentation hervor, daß die Dringlichkeit einer Handseherparthe nicht groß sei.

Gülle stellt seinen Ausführungen die Bemerkung voran, daß in der Spartenfrage auf der Generalversammlung für Kampfbühne kein Platz sei. Man müsse sich damit bescheiden, daß alles so bleibe wie es gegenwärtig sei. Ein neuer Weg biete sich insofern, als innerhalb der nächsten drei Jahre darauf hingearbeitet werden müsse, die sechs Beisitzer des Hauptvorstandes den Zentralkommissionen der Sparten zu entnehmen. Bis zur nächsten Generalversammlung könne die entsprechende Befehung dieser Anker auf die vorgeschlagene Art in die Wege geleitet werden. Selbstverständlich müsse auch den Handsehern Gelegenheit gegeben werden, zu ihrem Rechte zu kommen. Der Befähigungsdrang der Sparten trete allerdings manchmal zu stark auf. In dieser Beziehung schließe er sich dem Standpunkte Döbblins an. Etwa vorhandenes Mißtrauen werde sich durch den Ausbau der Sparten in ihrem heutigen Rahmen beseitigen lassen.

Muffial erklärt, er fühle sich ebenso sehr als Vertreter der Allgemeinheit wie der Sparten. Er freue sich, daß der Sachliche Artikel von Döbblin nicht zur Grundlage der Aussprache genommen worden sei. In der Tatsache, daß 61 Orte die Anträge der Sparten unterstützten, liege ein Beweis für das große Interesse, das die Allgemeinheit an der Entwicklung der Sparten nehme. Er lege keinen Wert darauf, daß eine Bestimmung im Sinne der Anträge im Statut aufgenommen wird. Die Vertretung der Sparten auf Gauvorsteherkonferenzen sei angefallen worden und die logische Folge wäre, daß die Sparten das Recht erhielten, auch auf Generalversammlungen vertreten zu sein.

Wontsch kann im Antrage Gülle eine demokratisch richtige Vertretung der Handseher nicht erblicken, denn die Voraussetzung dafür würde wiederum die Sparte sein. Hinzuweisen sei auch darauf, daß Gehilfenvertreter, die nicht zufällig Gauvorsteher seien, zur Generalversammlung ebenfalls nicht eingeladen würden, sondern sich der Wahl zu unterziehen hätten. Andern Korporationen gehe es nicht besser. Der in den Technischen Mitteilungen der Sparten gebotene Stoff könne sehr wohl auch den andern Kategorien nutzbar gemacht werden. Wenn keine Neigung besteht, die Beschlüsse von Söln und Hannover hinsichtlich der Handseherparthe aufzugeben, solle man alles beim alten belassen, um die Befugnisse der Sparten nicht zu erweitern und dadurch weitere Unzufriedenheit bei den Handsehern herozurufen. Die organische Entwicklung werde auch in dieser Sache den richtigen Weg weisen.

Sahn erklärt sich einverstanden mit dem von Döbblin eingenommenen Standpunkte. Man müsse sich bemühen, die Frage im Kerne zu erfassen und unteruchen, ob nicht in der Organisationsform der Anlaß zu Streitigkeiten gegeben sei. Er sei kein Gegner der Sparten, sondern trete nur für eine veränderte Organisationsform ein. Man sage auf Spartenseite wohl, es würden neue Rechte nicht gewünscht, aber die Anträge belegen doch das Gegenteil. Außerdem seien Beweise dafür aus Zirkularen und Mitteilungen der Sparten zu erbringen. Es unterliege bei Annahme der gestellten Anträge doch keinem Zweifel, daß bei der Berichterstattung der Spartenvertreter von der Generalversammlung die kritische Seite ihren Auftraggebern hervorheben müsse. Die Sparten haben lediglich Fortbildungsbefrebungen im Rahmen der Gesamtorganisation hochzuhalten, und er sei befriedigt, wenn aus der Debatte Klarheit darüber hervorgehe, in welcher Form das Organisationsinteresse am besten gewahrt werden könne.

Söldner bedauert, daß die Anträge der Sparten überhaupt auf der Tagesordnung stehen. Die Sparten müßten dafür sorgen, daß ihre Vertreter zu den besten Verbandskollegen gehören, um als Vertreter der Allgemeinheit auf die Generalversammlung entsandt zu werden. Er könne die Generalversammlung nur bitten, der Spartenbewegung Interesse entgegenzubringen, soweit sie nutzbringend arbeite. Im übrigen werde es Aufgabe der Sparten sein, derartige Anträge in Zukunft hintanzuhalten.

Döbblin weist in seinem Resümee Döbbling gegenüber darauf hin, daß er sich nicht denken könne, welche speziellen Interessen der Handseher vorhanden sind, die nicht gleichzeitig auch bei den übrigen Berufsgenossen Interesse erwecken. Eine Animosität gegen die Sparten sei nirgends vorhanden. Besondere Wünsche entgegenzunehmen sei der Verbandsvorstand jeder Zeit bereit.

In der nunmehrigen Abstimmung gelangte folgender von Massini und Seitz gestellte Antrag zur Annahme: „Die Vorsitzenden der Zentralkommissionen sind zu den Gavourforberkonferenzen mit beratender Stimme zuzuziehen. Diese Zuziehung hat nur dann zu erfolgen, wenn direkte Sparfragen zu behandeln oder wenn vor Tarifrevisionen die tariflichen Fragen zur Erörterung kommen.“

Der Antrag auf Aufhebung des Verbots der Gründung einer Handwerkerpartei wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

Eh rung Döblins für fünf und zwanzigjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes.

Dem fünften Sitzungstage schloß sich das Johannistfest der Danziger Mitgliedschaft an. Nachdem zwei Teile des Programms im Parke des Tagungslokals abgewickelt waren, nahm die Feier im Saale mit der Schweitzer-Kirchlichen Verbandshymne ihren Anfang. Der unermüdete Danziger Kollegenangehörige unter der temperamentvollen Leitung des Herrn Bernhard Bier bewältigte mit seinen 70 Mann und der Fußartilleriekapelle diese Aufgabe in wirkungsvollster Weise.

Darauf ergriff Massini das Wort. Das Werk unsres Altfleissers Gutenberg als Kulturfaktor würdigend und die Johannistfeier als Fest der großen Buchdruckerfamilie bezeichnend, nahm er Gelegenheit, das diesjährige Johannistfest in Danzig eine Veranstaltung zu nennen, wie sie die Danziger Kollegen noch nicht verzeichnen konnten. Die Vertreter der Kollegenchaft von ganz Deutschland und die Entsandten ausländischer Buchdruckerorganisationen wie die der graphischen Verbände seien ja Teilnehmer dieses Danziger Buchdruckerfestes.

Dann seinem rhetorischen Schwung einen stärkeren Antrieb gebend, nahm er Bezug, daß Kollege Döblin am 1. September d. J. die Leitung unsrer Organisation 25 Jahre in Händen habe. 25 Jahre an der Spitze einer Arbeiterorganisation, 25 Jahre gewirkt und auch gekämpft, um das, was besteht, zu erreichen, das müsse man eine herrliche, eine schöne Zeit nennen. Mit einem kräftigen Anfluge seines bekannten Humors schilderte er darauf, daß auch an der Wiege Döblins der Humor Pate gestanden und dieser ihm im Leben so manches erleichtert habe. Im „Kulturroste Publika“, der einmaligen „Akademie für richtige Buchdruckerziehung“ in Berlin, habe Döblin gelernt, wie es um die Sache der Kollegenchaft steht und wie sie zu fördern sei. Im Jahre 1884 sei Emil Döblin in die Berliner Tarifkommission gewählt worden und habe dort eine rege Tätigkeit entfaltet. Von Anfang der achtziger Jahre an bekleidete Döblin das Amt eines Vertrauensmannes in einer großen Berliner Druckerei. Er habe sein tarifliches Recht einmal selbst in so energischer Weise wahrnehmen müssen, daß ein zweitägiger Streik des Personals die Folge war. Döblin habe auf seine Wiedereinstellung verzichtet. Das Personal aber legte und kehrte geschlossen in die Druckerei zurück. Dadurch hatte Döblin ein solches „Ansehen“ bei den Berliner Prinzipalinnen gewonnen, daß er längere Zeit arbeitslos blieb und erst fünf Jahre lang klotzte ständige Kündigungen hatte. 1887 wurde Döblin dann Gavourforber in Berlin. Es war das eine Zeit, wo es große Schwierigkeiten mit der Polizei gab. Das Sozialistengesetz sollte dazu dienen, auch mit unsrer Organisation aufzuräumen. Die Hamburger Generalversammlung (März 1888) beschloß dann die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin, um die behördlichen Verfolgungen zu durchkreuzen. Am 1. September 1888 habe der neue Vorstand in Berlin dann sein Amt angetreten und Döblin damit seinen Posten als Vorsitzender des Verbandes übernommen. Daß einige andere Gewerkschaften ebenfalls einen Weg fanden, der Auflösung zu entgegen, sei von der Arbeiterschaft nicht beanstandet worden, aber unsrer Organisation, die das gleiche getan, sei der „Ehrenkittel“ gegeben worden: „Königlich preussischer Gewerkschaften“. Döblins taktischem Geschick sei es zu danken gewesen, daß wir über all diese Schwierigkeiten hinweggekommen sind. 1892, nach dem unglücklichen Ausgang unsres großen Kampfes, hat Döblin wie ein Feldherr nach einer verlorenen Schlacht dann für einen guten Rückzug gesorgt und die Prinzipalität zur Respektierung der bisherigen tariflichen Bestimmungen genötigt. 1896, als die Tarifgemeinschaft auf einer neuen Basis wieder errichtet wurde, hat Döblin seine ganze Person in die Wagchale geworfen, die Kollegenchaft zu bestimmen, die neuen Verhältnisse in ihrem Nutzen für uns anerkennen. Döblin habe wohl gewußt, daß ein Tarifvertrag nicht den sozialen Frieden bringen kann, aber er erkannte sehr richtig, daß die Tarifgemeinschaft der zweckmäßigste Weg sei, unsre Arbeitsverhältnisse erträglich zu regeln. Es sei das eine schwere Zeit des inneren Kampfes für die Organisation gewesen, die auch von außen wiederholt vielen Angriffen ausgesetzt war. Mit dem Eintritte Döblins in die Generalkommission habe sich die Stimmung der Arbeiterschaft uns gegenüber dann gebessert. Döblins Verdienste seien auch in dieser Beziehung unbestritten. Emil Döblin habe manche Anfeindung erfahren, aber er sei durch seine Eigenschaften als vorzüglicher Gesellschafter, der immer die Personen von der Sache zu trennen verstand, doch in der glücklichen Lage gewesen, die Gegensätze zu überbrücken. Jetzt hat die Kollegenchaft allgemein eingesehen, daß die Döblinsche Taktik die einzig richtige ist. Auf der Danziger Generalversammlung sei das zum deutlichsten Ausdruck gekommen. Wir stehen alle hinter Döblin! Döblins Talent als Verhandlungsleiter hat sich bei den Generalversammlungen und den Gavourforberkonferenzen evident erwiesen. Seine außerordentliche Befähigung als Unterhändler mit der Prinzipalität in den Tariforganen ist auf beiden Seiten allgemein anerkannt. Es gelte jetzt nun, die großen Verdienste Döblins zu würdigen. Da es unmöglich sei, am eigentlichen Jubiläumstage die Kollegenchaft in einer solchen Vertretung aus ganz Deutschland zusammenzubekommen, so müsse die Generalversammlung dazu dienen, dem Kollegen Döblin

die wohlverdiente Ehre zuteil werden zu lassen. Im Auftrage der Gavourforber überreiche er eine kleine Ehrengabe (Brieftasche mit Inhalt) und dann könne er einen Beschluß der Danziger Generalversammlung bekannt geben, dahingehend, daß Döblin für den Fall, daß das Amt ihm die Weiterführung seines schwierigen Amtes einmal nicht mehr erlaube, eine Pension mit Dreiviertel seines Gehalts erhalten solle. Auch der Kollege Ciffer sei nun 25 Jahre im Verbandsvorstand tätig, wenn sein Altersjubiläum als Hauptkassierer auch erst in drei Jahren gekommen sei. Ciffer sei ebenfalls ein um unsre Organisation hochverdienter Mann, und deshalb habe die Generalversammlung auch für ihn die gleiche Pension festgesetzt. Mit dem herzlichsten Wunsch, daß uns beide Kollegen noch recht lange in derselben Frische und Arbeitsfreudigkeit erhalten bleiben, endete Massini seine von den wärmsten Empfindungen getragenen Ausführungen, bei der den Saal bis zum letzten Platze füllenden Festgesellschaft demonstrierenden Beifall auslösend.

Kollege Reimüller bringt darauf zum Ausdruck, daß die österreichische Organisation vollen Anteil nehme an der Ehre Döblins. Was dieser auch für die internationale Buchdruckerfamilie getan, das lasse ihn den Wunsch aussprechen, daß Döblin auch für die internationale Sache noch lange so gegenständig wirken möge.

Kollege Rothstein spricht für die ungarische Delegation die besten Glückwünsche aus. Daß gerade Berlin und Hamburg, mit denen Döblin so manchen Strauß ausgefochten, bei der Ehre Döblins in den Vordergrund getreten seien, erweise ihm als ein äußerst günstiges Zeichen, müsse eine besondere Genugung für den Jubilar sein. Die ganze Buchdruckerfamilie, nicht nur die Danziger und die deutsche, nehme heute im Geiste an dieser selteneren Feiertag teil.

Kollege Vorhion nimmt sodann erst in französischer und dann in deutscher Sprache das Wort zu folgenden Ausführungen. Es sei ihm eine große Freude, daß es ihm vergönnt wäre, als Vertreter der französischen Bucharbeiter seine Glückwünsche zu diesem Feste mit jenen seiner Kollegen von Deutschland, Österreich und Ungarn zu verbinden. Sie wüßten, welche achtungsgebietende Stellung unser Kollege Döblin als Präsident des Verbandes der Deutschen Buchdrucker einzunehmen und zu halten verstanden habe. Ohne jemals das verfolgte Ziel aus dem Auge zu verlieren, habe Kollege Döblin es vermocht, in der Organisation der Deutschen Buchdrucker nach Mitgliederzahl und Macht den stärksten Verband aufzubauen, den es unter den Buchdruckern überhaupt gebe. Die deutschen Buchdrucker könnten stolz sein auf diese Erfolge! Besser als er, wüßten sie den Wert der Arbeit zu schätzen, die Kollege Döblin in dem vergangenen Jahrzehnt geleistet habe, das beweise die heutige öffentliche Ehre ihres Präsidenten, als Zeichen ihrer großen Dankbarkeit und Ergebenheit. Das ist ein ehrendes Zeichen aber auch für jene, die diesen Mann in so würdiger Weise ehren. Er freue sich mit den Verammelten von ganzem Herzen, dem Kollegen Döblin die herzlichsten Wünsche des französischen Buchdruckerverbandes zu überbringen! Er nehme darum diese Gelegenheit wahr, um den Kollegen Döblin an seinem Ehrentage herzlichst zu beglückwünschen.

Es folgte sodann Frau Paula Thiede. In der Reihe der Gratulanten, die aufgetreten seien, unsern verehrten Freunde Döblin zu gratulieren, könnten die Hilfsarbeiter als so nahe Verwandte nicht fehlen. Sie müßten oft im Leben ein Stück auf gemeinsamem Wege wandern. Und ihre Organisation habe an unserm Döblin stets einen guten Berater gefunden. Auf Grund seiner reichen Erfahrung habe er ihnen oft mit Rat und Tat geholfen, wo er konnte. Seinem Wirken hätten sie es zu danken, daß sie die Schritte gehen könnten, die sie mehr und mehr vorwärts brächten. Ohne die Buchdruckerorganisation sei ihre Organisation nicht denkbar. Wohl sei sie selbst mit an der Arbeit, gedächten aber auch gern und dankbar der Hilfe, die ihnen von den Buchdruckern und besonders von Döblin zuteil geworden sei. Darum möge er noch lange gesund und rüstig bleiben. Frau Thiede schloß ihre in wie immer vorzüglicher Redeform gehaltenen Ausführungen mit dem herzlichsten Ausruf: Wir gratulieren!

Die Anwesenden sollten sämtlichen Glückwünschensprachen lebhaften Beifall, der bei Frau Thiede und dem Kollegen Vorhion sich in noch gesteigertem Maße kundgab.

Kollege Nagorski verlas sodann einige Telegramme, wodurch sich zeigte, daß man, draußen von der dem Kollegen Döblin zugeordneten Ehre doch schon einige Kenntnis erhalten hatte. Es gratulierten: die Mitgliedchaften München und Königsberg (letztere in schöner poetischer Form), Stendal (Döblins Heimatsort), Steffin, Kolberg, die Epynographia Königsberg (ebenfalls poetisch), Kollege Staumer, der internationale Sekretär, sowie Franz Feuerstein. Die Telegramme fanden beifällige Aufnahme.

Nach zwei Chorliedern nahm Kollege Döblin das Wort. Er habe sich noch nie so bedrückt gefühlt als im Augenblick. Es erweise ihm, daß Meister Gutenberg bei diesem Johannistfeste zu kurz gekommen sei. Er wisse, daß der Arbeiter außer seiner oft nur minimalen Bezahlung keine Anerkennung für seine Tätigkeit erhalte. Wer öffentlich wirke, wisse wohl, daß er viel arbeiten muß, aber nicht auf vielen Dank rechnen könne. Die Funktionäre, die ebenfalls für die Organisation tätig seien, hätten ja auch viel für sie getan und arbeiteten fort und fort für den Verband. Gewiß, sein Amt entspreche seinen Neigungen. Wenn er aber nicht zufällig Gavourforber in Berlin geworden wäre, wäre er wohl nicht dazu gekommen, auf den Posten als Verbandsvorsitzender berufen zu werden! Er wolle heute nicht der frühen Zeiten gedenken, das Richtige müsse sich erst mit der Zeit durchsetzen. Es sei ihm aber eine große Freude, daß die Erkenntnis von der Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs nunmehr allgemein sei. Er habe immer verantwortungsbewußt gehandelt, und

da müsse denn für mancher Gegensatz erst überwinden werden, bis der konsequent vertretene Standpunkt größere Anhängererschaft gefunden habe. Was er 1891/92 erlebt und erfahren, habe unaussprechlich in ihm. Nach jedem Tarifabschlusse ahme er tief auf, daß es wieder gelungen sei, große Gefahren und Schädigungen von den Kollegen und ihren Familien abzuwenden zu können. Es gäbe gewiß noch andre Wege, diese dürfen aber immer nur im äußersten Falle begangen werden, denn der Einsatz sei zu hoch, wenn Tausende und Abertausende von Existenzen und das Wohl so vieler Familien in Frage kämen. Für die ihm heute gewordene materielle Anerkennung spreche er seinen herzlichsten Dank aus und hoffe nur, daß es ihm vergönnt sein möge, in unsrer ersten Zeit diesen auch durch die Tat werde abfragen können. Eine außerordentliche Befriedigung sei es ihm, daß die Danziger Generalversammlung eine Einmütigkeit in den großen uns bewegenden Fragen bekundet habe, wie es in den 25 Jahren seiner Tätigkeit als Verbandsvorsitzender noch nicht der Fall gewesen sei. Persönlichen Ehrgeiz dürfe es in der Arbeiterbewegung nicht geben, deshalb erblicke er in dieser Tatsache auch nur den Beweis, daß sein Bestreben, der Sache zu dienen und zu nützen, doch nicht ohne Erfolg geblieben ist. Es habe ihn von Massini gegreift, anerkannt zu sehen, daß man sich immer wieder zuzuhmgefunden habe, wenn Meinungsverschiedenheiten auseinanderführten. Daß er fast stets noch die Männer gefunden habe, mit denen sich erfrischlich in Gemeinsamkeit arbeiten lasse, wolle er aber auch anerkennen. Döblins gediegener Humor leuchtete dann durch, als er sein Verhältnis mit seinen 67000 Arbeitgebern illustrierte. Nach einer so langen Kondition ein solches Zeugnis ausgestellt zu erhalten und zu vernehmen, daß die Kondition noch lange fortgesetzt werden soll, das sei in der Tat in unsrer Zeit nichts Alltägliches. Er hoffe nur, daß seine Kräfte ihm auch ferner ermöglichen werden, wie fester im Dienste der Organisation wirken zu können. Für den Kollegen Ciffer (am Reden durch Heiserkeit verhindert) bringe er dieselben Gefühle des Dankes zum Ausdruck und gebe die gleichen Versicherungen ab. Nehmt beschleide ihn aber, daß heute Adolf Beyer, der mit ihm zusammen sein Amt angetreten, nicht teilnehmen könne an diesem Ehrentage, da der Tod ihn schon abgerufen hat. Er danke nochmals den Gavourforbern, die ihm diese Freude bereiteteten, danke auch allen, die mit ihm gemeinsam gearbeitet haben, danke gleichfalls denen, die heute seiner draußen gedachten. Nur weil wir in einer festgefügten Organisation zusammengeschlossen sind, sei ein solch schöner und erhebender Tag möglich. In großer Bewegung, aber mit machtvoller Stimme, brachte Döblin dann ein Hoch auf den Verband aus. Begeistert stimmte die ganze Festgesellschaft ein, und unter anfallendem stürmischen Beifalle trat der so hervorragend ausgezeichnete Verbandsvorsitzende dann ab.

Geraume Zeit konnte man dann ein Spalier von Einzelgratulanten sehen, der Gesangverein warfete mit durchschlagender Überlegenheit auf; kräftig applaudiert; und dann nahm das Danziger Johannistfest nach echter Buchdruckerart einen langen, schönen, alle befriedigenden Verlauf.

Zu dem Berichte vom zweiten Tag ist richtigzustellen, daß es sich bei dem Hamburger Konflikt nicht um eine Druckerei der Grobtechnikgesellschaft, sondern um die im juristischen Sinne davon unabhängige Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine handelt. Der Arbeiterauschub ist nicht seit 1909, sondern von 1911 an außer Wirklichkeit. Das Berechnen soll nur an den Sechsmaschinen eingeführt werden. Pröpper.

Die Präsenzliste ist insofern zu berücksichtigen, daß an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kollegen Wilms (Machen) Kollege Palacki aus Duisburg als Stellvertreter anwesend ist.

Vorbericht über den sechsten Tag.

Sunächst wird ganz kurz unser Verhältnis zur Generalkommission besprochen. Dagegen nimmt das zu den gegenseitigen Verbänden mehr Zeit in Anspruch. Der Schweiz wie Österreich wird vom Verbandsvorstande der Vorhalt gemacht, daß die deutschen Kollegen wiederholt in diesen Ländern eine ungleiche Behandlung gegenüber den einheimischen bei der Arbeitsvermittlung erfahren haben. Die beiden Vertreter Österreichs befreiten das entschiedene. Der „Korr.“ bringt eine zweieinhalbstündige Debatte. Steinhardt polemisiert gegen die Redaktion und bringt eine Reihe von Beschwerden vor. Die übrigen Redner zollen der Redaktion Anerkennung, äußern zum Teil auch einige Wünsche. Die Redaktionsmitglieder antworten in der Hauptfrage gegen Steinhardt, gegen dessen Stimme sie einstimmig wiedergewählt werden. Für die „Epynographischen Mitteilungen“ werden für die nächsten zwei Jahre je 3000 Mk. bewilligt. Es soll eine einheitliche Abrechnungsart für die Dauer eines Jahres aufgenommen werden. Es wird noch die Beschädigung der Gewerkschaftshongresse neu geregelt zugunsten der kleineren Gauen, über die Maschinenlehrschule in Karlsruhe gesprochen und endgültig die Aufhebung besonderer Spartenabschlüsse beschlossen. Dann ist ein Hauptpunkt die Wahl der geschäftsführenden Vorstandspersonen, die einstimmig wieder auf ihre Posten berufen werden. Es soll jedoch ein stellvertretender Kassierer hinzugewählt werden, es erfolgt Ausschreibung der Stelle. Die nächste Generalversammlung findet in Leipzig statt.

Vorbericht über den siebenten Tag.

Sunächst wird der Bericht der Beschwerdekommision zur Kenntnis genommen. Dann erfasset Fuhs noch in (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 71 — Leipzig, den 24. Juni 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

umfassender Weise an Hand einer gedruckten Vorlage den Bericht der Kommission zur Beratung der Unterklassungsanträge. Die Vorschläge der Kommission finden einstimmige Annahme. Diese stellen ein Kompromiß dar zwischen den Vorschlägen des Verbandsvorstandes und den Anträgen aus Mitgliederkreisen. Sie gehen bis an die Grenze des Möglichen und erfordern eine vorausichtige Mehrausgabe von 250000 Mk. Der Beitrag bleibt wie bisher. Wöblin zieht in einem sehr eindrucksvollen Schlussworte das Resümee der Verhandlungen. Mit herzlichsten Dankesworten an die weipreubischen Kollegen schließt er die Generalversammlung um 2 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. (Ausführliche Schlussberichte in nächster Nummer.)

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Altenburg. (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung vom 2. April vollzog die Aufnahme der Offern ausgetretenen Kollegen. Vorsitzender Sturm begrüßte diese herzlich in unsern Reihen und sprach die Erwartung aus, daß sie sich jederzeit ihrer Pflichten bewußt sein und vor allen Dingen selbstige Veranlassungen befehlen und „Korr.“-Leser sowie gründliche Schriftkünstler werden möchten. Der weitere Fortschritt wegen sei der Anschluß an die fachtechnischen Vereinigungen notwendig. Trotzdem diesmal gegnerischerseits große Anstrengungen gemacht worden waren, die jungen Kollegen zu gewinnen, konnte doch wiederum festgestellt werden, daß alle hier sowie in den Bezirksorten ausgetretenen Kollegen sich unserer Organisation angeschlossen haben: Von den Kartelldelegierten wurde hierauf über die „Volksfürsorge“ berichtet. Eine rege Aussprache führte die Durchberatung der Anträge zur Verbandsgeneralversammlung herbei. Die Stellungnahme zu einer Anzahl von Anträgen wurde unsern Delegierten zur möglichsten Berücksichtigung zugestimmt. — In der Versammlung vom 3. Mai erstattete Kollege Simon den Kassenbericht über das erste Quartal 1913, wofür ihm Entlassung erteilt wurde. Nach Erledigung einiger Aufnahmegerichte hielt Arbeitersekretär Ewald einen Vortrag über die „Rechtsverhältnisse des gewerblichen Arbeiters“, durch den die „Angehörigen mit den Rechten und Pflichten vertraut gemacht wurden“, die im Arbeitsverhältnis im Betracht kommen. Hierauf fand eine drückliche Angelegenheit ihre Erledigung. In der Versammlung vom 5. Juni hielt Schriftsteller W. Baum (Leipzig) einen Vortrag über: „Das Buchgewerbe, betrachtet vom Standpunkt eines Laien“. Redner charakterisierte die Bedeutung des Buchs im Leben des einzelnen Menschen und behandelte sodann die bei seiner Herstellung deselben in Frage kommenden Berufe sowie die Entwicklung des Buchgewerbes überhaupt in künstlerischer Beziehung von früherer Zeit an bis zu seiner jetzigen Blüte, die in hervorragender Weise auf der eine Kulturschau allerersten Ranges bildenden nächstjährigen Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig zum Ausdruck kommen würde. Hierauf erstattete Kollege Sturm den Kassenbericht. Von dem Verlaufe der Tarifausschüttung wäre man allgemein befriedigt. In ebender Weise gedachte der Vorsitzende in den Versammlungen der 25jährigen Verbandsmitgliedschaft des Kollegen Bockisch sowie der 40jährigen der Kollegen A. M. Wählich und Robert Richter.

Dillenburg-Herborn. (Vierteljahrsbericht.) Im Gegenlage zum ersten Jahresviertel kann dem zweiten in bezug auf Veranlassungsbefehl die Zensur „Gut“ nicht erteilt werden. Namentlich die älteren Kollegen weckeln miteinander in einer wenig rühmlichen Schlafmühenpolitik. Nach einigen Mitteilungen und Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erstattete Kollege Schuler in der Aprilversammlung eingehenden Bericht über die Gausungsverhandlungen. Der allgemeine Beifall bewies das Einverständnis mit den gemachten Ausführungen. — In der Versammlung am 3. Mai gab der Vorsitzende nach Erstattung des Kassenberichts bekannt, daß eine Herborner Firma die tarifliche Lehrlingskala überprüften habe. Die Angelegenheit konnte auf glücklichen Wege beigelegt werden, da der Prinzipal nach Vorstelligen des dort stehenden Kollegen sich bereit erklärte, den überzähligen Lehrling zu entlassen. Ferner wurde mit geringer Majorität ein Antrag angenommen, wonach den lokalen Zuschuß zur Krankenkassenunterstützung nur diejenigen Kollegen erhalten, die im vorhergehenden Jahre mindestens fünf Versammlungen besucht haben. Eine ausgedehnte Debatte rief der Punkt „Kartellbericht“ hervor, in der hauptsächlich die Existenzberechtigung und die Zweckmäßigkeit dieser Institution erwoogen wurde, da die hiesige Arbeiterschaft dem gewerkschaftlichen Gedanken bis jetzt fast unnahbar erscheint. — Die Juniversammlung erledigte nur einige Interna. Anschließend daran besuchte auf besondere Einladung hin die Mehrzahl der Kollegen eine vom Kartell einberufene Versammlung, in welcher Gewerkschaftssekretär Thurnau (Wehlar) über die „Volksfürsorge“ referierte.

Kleve. Der Ortsverein feierte am 7. Juni sein zehnjähriges Stiftungsfest durch ein Familienfest im Ver-

einslokale Samers. Zahlreich hatten sich die Kollegen mit ihren Damen eingefunden. Ferner waren der Einladung gefolgt Bezirksvorsitzer Lehmann und unser früherer Vorsitzender Komann (Mühlheim-Ruhr). In seiner Eröffnungsansprache gab der Vorsitzende Remmen einen Rückblick über das Wachsen unfres Ortsvereins in den zehn Jahren. 1903 mit 16 Mitgliedern gegründet, zählt dieser jetzt trotz der inzwischen hier aufgestellten Sebmashinen 50 Mitglieder. Kollege Lehmann überbrachte die Glückwünsche des Gaus und des Bezirks. Konzerte, Vorträge, Rezitationen, Mandolinenvorträge, Preisquadräfel und gemeinschaftliche Lieder wechselten einander ab und gefallenen den Abend zu einem recht gemühtlichen. Mögen die Wünsche, die dem Ortsvereine Kleve am heutigen Tage dargebracht wurden, in Erfüllung gehen, und möge er stets frei auf seinem exponierten Posten in der nordwestlichen Ecke des Reichs ausharren. Der Firma Karl Sanders (Kleve-Kellen) sei an dieser Stelle für die Grafts Herstellung des geschmackvollen Festprogramms der Dank des Ortsvereins ausgesprochen.

Leipzig. (Verein Leipziger Stereotypen und Galvanoplastiker.) Am 29. Mai fand im „Schloßkeller“ unsere Monatsversammlung statt, in der das abgeänderte Vereinsstatut beraten und genehmigt wurde. Bemerkenswerte Änderungen erfordern die §§ 13 und 19 des alten Statuts. Durch ersteren wird dem Vorstande die freie Verfügung über 30 Mk. Vereinsgelder zugestanden und durch letzteren wird die Auflösung des Vereins von einer Abstimmung abhängig gemacht. Hierauf wurden die Satzungen der am 1. Juni in Kraft tretenden Liquidationskasse zur Diskussion gestellt. Die gegenwärtig hohe Zahl der Arbeitslosen ließ die Besichtigung laut werden, daß zur Instandhaltung sehr wenig übrigbleiben würde. Am dem wenigstens etwas vorzubeugen, wurde der § 3 Abs. c des Entwurfs gestrichen, da dieser eine Wiederbezugsberechtigung für Ausgesteuerte nach 52 Wochen vorsah. Das gesamte Liquidationsstatut wurde darauf einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Straubing. (Typographische Gesellschaft.) Im vergangenen Winterabjahre 1912/13 fand wiederum ein Kurium im Tonplatten schneiden, Schriftschreiben und Zeichnen statt, welcher vom Kollegen Dorn geleitet wurde. An diesem Kurium hatte sich eine fastliche Zahl Kollegen beteiligt, jeder aber nur es gerade die jüngeren Kollegen, welche immer für Sport usw. mehr Interesse haben, als für die so notwendige berufliche Fortbildung. Dem Kollegen Dorn sei für die mühevollen und unsichtigen Leistungen des Kuriums auch an dieser Stelle der beste Dank zum Ausdruck gebracht. Am Schlusse des Kuriums wurde von Seiten des Ortsvereins „Typographia“ ein Wettbewerb zur Erlangung von Briefköpfen, Kuvert und Postkarten veranstaltet, aus welchem folgende Kollegen als Preissträger hervorgingen: 1. Max Dorn, 2. Hans Reumeler, 3. Karl Renner, 4. Julius Auer, 5. Joseph Straßer.

Wiesbaden. (Maschinenfeger — Vierteljahrsbericht.) In der Aprilversammlung wies einen guten Besuch auf. Nachdem Vorsitzender Haumann die verschiedenen Eingänge bekanntgegeben hatte, wurden die uns von der Mergenthaler Sebmashinenfabrik überfandenen Neuerungen besprochen, wobei Kollege Papalan längere Ausführungen über den „neuen Doppeldecker“ machte. — Der Besuch der Maiversammlung ließ zu wünschen übrig; der für diese Versammlung angelegte Vortrag: „Der automatische Ableger am Typograph“, mußte deshalb verschoben werden. Kollege Haumann erläuterte eingehend die verschiedenartige Anwendung des Gießblocks an der Linotype. Der Artikel des Herrn Wiederanders im „Korr.“ erfuhr auch in dieser Versammlung die gebührende Abfuhr, und die Versammlung war mit den Ausführungen des Kollegen „Argos“ im „Korr.“ vollständig einverstanden. — Die Juniversammlung fand in Biebrich statt, zu der Kollegen aus Biebrich, Limburg, Rildesheim und Wiesbaden zahlreich erschienen waren. Dieser Versammlung ging eine Besichtigung der Sebmashinenanlage der Zeidlerischen Druckerei („Biebricher Tagespost“) voraus, wofür wir der Geschäftsausleitung für ihr freundliches Entgegenkommen unsern Dank aussprechen. U. a. wurde der Auszug aus dem Artikel „Sitten in die Sparte!“ den Kollegen zur Beachtung empfohlen; die Arbeit der Zentralkommission wurde lobend anerkannt. Ferner wurden die Ausführungen des Kollegen Bleichschmidt im „Korr.“ lebhaft begrüßt. Das „Anschau“ in einzelnen Druckereien seitens verschiedener Kollegen wurde als unhollegal bezeichnet, da die in den betreffenden Offizinen stehenden Maschinenfeger darunter leiden hätten. Sodann wurde noch beschlossen, das Stiftungsfest in Form eines Familienausflugs in die nähere Umgebung Wiesbadens zu begehen.

Wiesbaden. Eine besondere Kunstfreude brachte unfrer Typographischen Vereinigung der 1. Juni. Auf Einladung der „Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst“ fand eine Besichtigung der von genannter Gesellschaft im Festsaal des Rathauses veranstalteten Schweizer Kunstausstellung statt, eine der bedeutendsten Gemäldeausstellungen, welche die Gesellschaft unter dem Vorhabe von Herrn Kunsthistoriker Dr. v. Grolman seither veranstaltet hat. Herr Dr. v. Grolman, in welchem Herrn wir einen idealen För-

derer unfrer Bildungsbestrebungen verehren, hatte die Führung durch die Ausstellung glückig übernommen, und zwar mit dem Erfolge, daß die Teilnehmer, darunter auch einige Freunde unfrer Sache, begeistert den Ausführungen des Gelehrten folgten und mit hoher Befriedigung dieses Tags gedachten. Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, die Werke und Ziele der in der Ausstellung vertretenen Schweizer Künstler, voran Ferdinand Hodler, zu schildern. Die gewonnenen Eindrücke jedoch sind uns unvergeßlich. Wir schätzen uns glücklich, auch fernerhin und soweit dies möglich wiederum unter der Führung von Herrn Dr. v. Grolman an den Ausstellungen der „Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst“ sowie auch an den Vorträgen der Gesellschaft teilnehmen zu können.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Keine Staatsdruckerei in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat hat einen wiederholt gestellten Antrag auf Errichtung einer Staatsdruckerei mit 92 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Hauptgrund zur Ablehnung bildete die Erwägung, daß eine Staatsdruckerei teurer arbeite als eine Privatdruckerei.

Geschäftsgewinn einer Schnellpressenfabrik. In der vor kurzem abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Schnellpressenfabrik Albert & Co. in Frankenthal wurde die Auszahlung einer Dividende von 16 Proz. beschlossen.

Serienverlängerung für städtische Arbeiter. Ein Antrag der städtischen Arbeiter in Neukölln auf Neuregung der Bestimmungen der Allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter zeigte als ersten Erfolg den Magistratsbeschluss auf Erweiterung des Arbeiterurlaubs. Der Urlaub beträgt demnach nach dem ersten Jahre drei Tage und steigt jährlich um einen Tag bis auf 14 Tage. Das Krankenhauspersonal erhält 4—15 Tage. Die Verbesserungen treten sofort in Kraft.

Weitere Differenzen im Malergewerbe. Vier Wochen nach Annahme der Schiedssprüche durch die beiden Organisationen im Malergewerbe ist es dem Unternehmerverbande, der während der Aussperrung fälschlich so viel mit der Disziplin seiner Mitglieder renommierete, noch nicht gelungen, seinen Abmachungen im eigentümlichen Lager allgemeiner Anerkennung zu verschaffen. Noch immer freibt dort der Rheinlands-Verfall des Unternehmerverbandes offene Obstruktion, operiert mit einem tarifwärtigen Revers und mit schwarzen Listen. Er gab bekannt, daß seine Mitglieder am 11. Juni über die Schiedssprüche abstimmen werden. Bis dahin würde es sich jeder Meister reichlich überlegen können, wie er zu stimmen habe. Dieses disziplinwidrige Verhalten der Unternehmer durch einen seiner Unterverbände muß sich der Unternehmerverband ruhig gefallen lassen. Gifertig aber hatte er, einen Tag nach Annahme der Schiedssprüche, gegen die Arbeiterorganisationen bei den Unparteilichen den Vorwurf erhoben, sie bereiten den Tarifabschlüssen massenhafte Schwierigkeiten. Es geschah dies, wie jetzt feststeht, ohne daß die Beschwerde irgend eine Grundlage hatte, nur zu dem Zwecke, nach außen die Seltensprüche in eignen Lager zu verdecken und, mit dem Schreiben der Unparteilichen ausgerüstet, die örtlichen Verhandlungen zu erschweren. Auch die Unternehmer Hamburgs freiben ihr scharfmacherisches Spiel weiter. Sie sind nicht gewillt, ihre Provokationen gegen die Gesellschaft rückgängig zu machen, und sie lehnten Verhandlungen unter Vorhabe eines Unparteilichen rundweg ab. Jetzt suchen sie offen und verdeckt in allen möglichen Zeitungen Gehilfen nach Hamburg, doch werden wohl wenige Lust haben, den Hamburger Herren bei ihrem organisations- und tariffeindlichen Bestreben behilflich zu sein. Auch der Hamburger Unternehmerverband ist seinen renitenten Mitgliedern gegenüber völlig machtlos. Im übrigen Deutschland sind die Differenzen mit wenig Ausnahmen erledigt. Vielfach aber versuchen sich die Unternehmer um ihre Verpflichtungen zu drücken, doch haben hier die Gehilfen zumeist durch energisches Eingreifen den Herren die nötige Verpflichtung beigebracht. Teilweise wurden auch Mahreglungen verübt, und mehrfach obstruieren die Unternehmer bei den örtlichen Verhandlungen oder versuchen um den Abschluß eines Tarifs herumzukommen. Erschwerend wirkt, daß selbst der Unternehmerverband von oben herab, um seine durch den Mißerfolg erlittene Mänaage seinen Mitgliedern gegenüber zu verschleiern, diese durch allgemeine Instruktionen zu direkten Tarifumgehungen und unberechtigtem Widerstande gegen berechnete Ansprüche der Gehilfen anreizt. Viel Glück hat er freilich bei diesem Beginnen nicht; er schmeißt vielmehr die in dem ihr aufgezwungenen gewesenen Kampf erprobten Arbeiter des Malergewerbes in ihrer Organisation nur noch fester zusammen. Wahrscheinlich werden sich in Kürze die Zentralinstanzen noch mit den schwelenden Differenzen zu beschäftigen haben.

„Volksfürsorge“ und Gehrentarife. Nach den Praktiken der alten Gesellschaften sind für Berufe, in welchen die Sterblichkeitsziffer eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sondertarife mit höheren Prämien

resp. niedrigen Versicherungssummen eingeführt worden, oder es wird, falls der gleiche Tarif zur Anwendung gelangt, das Eintrittsalter für Angehörige solcher Berufe um einige Jahre hinaufgeschraubt, wodurch ebenfalls eine Erhöhung der Prämien resp. Erniebrigung der Versicherungssummen bewirkt wird, oder die Agenten erhalten Anweisung, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu akquirieren. Auch die „Volksfürsorge“ kann selbstverständlich nicht schwererkrankte Personen, deren Verbleiben bald zu erwarten steht und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die „Volksfürsorge“ macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufstätigkeit, sie hat keine Ausnahmebestimmungen für Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker usw.; die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme. Bei dem großen Interessentenkreise der „Volksfürsorge“ ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf die Allgemeinheit berechnet, ein äußerst minimales. Die „Volksfürsorge“ wird in allen öffentlichen Deutschen und in allen Berufen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

Gewerbegerichtswahlen in Königsberg. Bei den am 17. Juni vorgenommenen Gewerbegerichtswahlen in Königsberg wurden 5336 Stimmen abgegeben. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 4879 Stimmen und 39 Beisitzer; die Liste der Reichs-Dunklerischen 207 und einen Beisitzer. Die 243 Stimmen der Christlich-Sozialen fielen ganz aus, da die Liste für ungültig erklärt worden ist. Bei den Wahlen für die Arbeitgeber war vorher die Liste des Arbeitgeberverbandes wegen Formfehlers für ungültig erklärt worden. Abgegeben wurden 22 Stimmen; auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen zehn Stimmen, und somit wurden auch die zehn aufgestellten Kandidaten gewählt. Gewählt wurde nach dem Proportionalwahlssystem und auf die Dauer von sechs Jahren.

Kunsthonig und Koalitionsrecht. Unter den heftigen Gegnern der Arbeiterorganisationen befinden sich die Zuckerrefinerien. Auf den Kauf ihrer Produkte durch Arbeiter verzichten sie aber nicht. Vor Monatsfrist erhielten die Vorstände Danziger Gewerkschaften Klatschen mit einer Zwangsprobe von Kunsthonig, mit der Bitte, diese Probe in einer Verankerung versetzen zu wollen. Der Vorsitzende der Buchbinderei erlaubte sich nach der Herkunft des angebotenen Produkts, die produzierende Fabrik ist organisierter Arbeiter verschlossen. Zwei Herren vermitteln den Verkauf. Es wurde ihnen geschrieben, daß wegen der Nennung der Koalitionsfreiheit seitens der Fabrikleitung die Probe Kunsthonig unangeführt bleibt. Antwort ist bis heute nicht eingegangen.

Von der Gewalttätigkeit der Grubendirektionen. Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Georg Werner in Eisen, hatte sich am Dienstag vor dem dortigen Schöffengerichte wegen Beleidigung des Direktors Aleemant von Seche „Deutscher Kaiser“ zu verantworten. In einem Artikel, überschrieben „Gefährlichkeit oder Verbrechen?“, der Ende November vorigen Jahres in Parteiblättern erschienen war, hatte Werner aufsehenerregende Tatsachen über die Zustände auf Schacht III der genannten Seche mitgeteilt. Die wichtigste war die, daß der Bergrevierbeamte bei Entnahme von Wasserproben in einem Flöz, wo schon einmal 16 Bergleute infolge von Schlagweiterexplosion zu Tode gekommen, in unerhörter Weise gefaßt worden ist. Ein Steiger, der das Revier mit voller Verantwortung übernehmen sollte und sich dessen unter den obwaltenden Verhältnissen geweigert hatte, war entlassen worden. Seine Anzeige beim Bergrevieramte hat, soweit bekannt geworden, keinerlei Erfolg gehabt. Die Sechenverwaltung bedachte die

Blätter, die den Artikel gebracht hatten, mit einer Berichtigung, in der Werners Angaben in einer diesen belegenden Form bestritten wurden. Werner hielt seine Behauptungen in einer Entgegnung aufrecht und fügte zur Charakteristik des Direktors Aleemant, der jener Schachtanlage vorsteht, noch zwei Beispiele an. Ein Steiger sei aus Furcht vor dem zu erwartenden Krach wegen nicht genügender Förderung 36 Stunden unter der Erde geblieben und habe mit Hilfe eines Polizeibundes gesucht werden müssen. Wegen der Enklaffung eines andern, der nirgends habe unterkommen können, habe dessen Frau, Mutter von sechs Kindern, sich das Leben genommen, indem sie sich mit Petroleum begossen und angezündet habe. Wegen dieses Falles klagte Aleemant. Alle andern Behauptungen Werners sollen nach seines Vertreter Angabe in einem Strafverfahren zur Erörterung kommen, das er beantragt habe. In der Beweisaufnahme behauptete der Witwer jener Frau, daß Aleemant, während er wegen der Folgen eines erlittenen Unfalls in einer Kuranstalt gewesen war, seiner Frau erklärt habe, ihr Mann sei der schlechteste Beamte, er würde entlassen, und er würde dafür sorgen, daß er keine Stelle bekäme. Er sei dann auch entlassen worden und hätte nirgends antkommen können wegen der von „Deutscher Kaiser“ eingegangenen Zusätze. Seine Frau, die den Direktor aufgesucht habe, um ihn zu bestimmen, ihrem Manne nichts mehr in den Weg zu legen, sei abgewiesen worden, ebenso auch er selbst mit späteren schriftlichen Vorstellungen. Nach etwa zwei Jahren sei seine Frau nochmals hingegangen, doch mit gleichem negativen Erfolge. Das habe sie zur Verzweiflung gebracht, und so habe sie auf so schreckliche Weise ihr Leben beendet. In ihren Abschiedsbriefen und zu Nachbarinnen habe sie ausdrücklich gesagt, daß sie durch das Verhalten Aleemants zu ihrem Entschlusse getrieben worden sei. Der Direktor bestritt vor Gericht entschieden, daß die Frau ein zweites Mal bei ihm gewesen sei. Er gab zu, daß er nach Erscheinen des Artikels heimlich einen Herrn zu dem Steiger geschickt habe, der diesem befehle, daß er wohl wieder eine Stellung bekommen könne. Als der Entlassene einige Wochen später an den Direktor geschrieben, hat dieser ihm eine Anstellung als Aufseher bei einem Bergbauunternehmer verschafft, der auch für die Seche „Deutscher Kaiser“ arbeitete. Eine Woche darauf erfolgte dann die Klage gegen Werner wegen des einen Falles. Das Gericht erhielt den Wahrheitsbeweis merkwürdigerweise nicht für erbracht, sprach aber Werner frei, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er auf die Angriffe in der Berichtigung antwortete.

Briefkasten.

S. G. in Mex: 2,45 Mk. — A. W. in D.: Sendung nicht eingetroffen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Berlin. Der Seher Ludwig Bröcker (Hauptbuchnummer 90569) wird hiermit aufgefordert, den vom Ortskassierer in Krappitz (D.-S.) erhobenen Vorwurf porzofrei an Gg. Woywod, Reiffe, Kaiserstraße 8, zu senden, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt werden muß. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, B. hierauf aufmerksam zu machen.

Beuthen (D.-Schl.). Der Seher Max Gaida aus Gleiwitz (Hauptbuchnummer 36603) wird ersucht, den im Januar hier erhaltenen Vorwurf von 2 Mk. umgehend an Gg. Grauwald, Kaiserstraße 32 III, einzuliefern. Die Herren Funktionäre wollen G. hierauf aufmerksam machen.

Efen. Der Seher Gieslaus Wodniakowski aus Posen wird um umgehende Begleichung der drei Reste ersucht, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Stuttgart. Der Seher Paul Finger aus Rügenwalde wird um Angabe seiner Adresse an das Bureau Heufteigstraße 54 par., ersucht.

Der Seher Alfred Fritsch aus Schönefeld wird um Angabe seiner Adresse wegen Zustellung einer Schiedsgerichtsklage ersucht. Falls den Funktionären der Aufenthaltsort bekannt ist, bitten wir um Nachricht an das Bureau: Heufteigstraße 54.

Adressenveränderungen.

Gau Osterland-Thüringen. Gauvorsteher: Emil Prox, Weimar, Laufenstraße 44 III.

Wald (Rhd.). Kassierer: Adolf Beck, Wald, Post Wener (Rhd.), Brüberstraße 18.

Wesel. (Maschinenfabrikvereinig.) Vorsitzender: Herr. Ripken, Dbrighoven b. Wesel, Wackenbrucher Weg 160/5.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Ocherleben der Schweizerdegen Max Klein, geb. in Berlin 1890, ausgel. in Schönberg (Mecklenburg) 1909; war noch nicht Mitglied. — Karl Tress in Salber stad, Feldstraße 4 II.

Veranstaltungskalender.

Blankenb. Versammlung Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei B. David in Bodenbuden, Behnhofstraße 11.

Bachamer. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Juli, in Bockum. Anträge bis 1. Juli an den Vorsitzenden.

Bromberg. Bezirksversammlung am Sonntag, den 13. Juli, in Thorn. Anträge bis 29. Juni an den Vorsitzenden.

Dortmund. Bezirksversammlung Sonnabend, den 5. Juli, abends 9 Uhr, in Hamm (Westf.). Für die Drie Ahlen, Hamm, Kamen, Soest und Unna. Bericht von der Generaterversammlung in Danzig.

Kalberstadt. Versammlung Sonnabend, den 28. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gerberstraße 15.

Köln. Korrespondenzversammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, in der „Klosterbrauerei“, Ursula-Kloster 11.

Plauen i. B. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Schillinghof“ (oberer Saal).

Potsdam-Neubabelsberg. Kombinierte Versammlung Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in Schmidt's „Deutsches Gasthaus“ in Nowawes, Wilhelmstraße.

Wiesbaden. Versammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Bericht über die

„Aus großer Zeit.“ Ein dramatisches Zwiegespräch, als Vorpruch zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Breslauer Buchdrucker-Gesellenvereins am 1. Juni 1913. Verfasser: Maximilian Dehnbob. Dieses kleine Gedicht stellt eine glückliche Verbindung von aller und immer Zeit im Buchdruckgewerbe dar und zeigt in gebundener Rede form den faunenerregenden Entwicklungsgang in technischer wie organisatorischer Hinsicht. — Sogar eine geheimnisvolle Zukunftsschöpfung — und bruchmaschine „Schallograph“ spielt dabei eine Rolle und findet ein dramatisches Ende. Es liegt viel Sinn in dem kleinen Werkchen, das allen Teilnehmern an der Breslauer Jubelfeier eine dauernde Erinnerung bleiben wird, wohl aber auch sonst bei ähnlichen Feiern an andern Orten mit entsprechenden Abänderungen gute Dienste leisten kann.

„Wie bewerbe ich mich mit Erfolg?“ Ratsschläge für Stellungsuchende. Mit Schreibvorlagen und Beispielen in deutscher und französischer Sprache. Preis 1 Mk. Verlag von Wilhelm Violet in Stuttgart.

Wirklicher Gelegenheitskauf

Eine 1900 erbaute Frankenhäler Verbilligungsmaschine für veränderliche Formate zum Druck von Tabellen, Formularen, Werten und einfachen Illustrationen, Bogenhöhe in der Richtung des Zylinderumfangs von zweimal 415 bis 550 mm (achseitig aufgeschlitten), Maximalbreite 785 mm, 2 Druck- und 2 Plattenzylinder, 2 Garbwalzen mit je 4 Auftragswalzen, Galvanoplatz für zweimal Galz (Erdrich und rotierende Trommel), Kreismesser, Zählapparat, Gieß-, Bohr-, Stülzer- und Galvanobegapparat, Kreisgasse, Schlepprahmen. Druckleistung die Stunde bei doppelten Wälzen: 5000 Doppelbogen ein- oder zweimal ineinandergefallen, 10 000 einzelne Bogen maximal 550 bis 785 mm, ein- oder zweimal gefalzen, 20 000 Viertelbogen einmal oder ungefalzen, ab Standort preiswert zu verkaufen. 887) **Mannheimer Vereinsdrucker, Verlagsanstalt, Mannheim.**

Günstig für Buchdrucker! Neue Schnell-

pressen, Schneidemaschine, etwa 80 Schriften usw., mit schönem Papiergeschäft, sechs Jahre bestehend, große Kundenschaft, umständelhalber billig veräußert. Offerten unter Postlagerkarte 47, Berlin C 45.

Buchdrucker-Verkauf

Strebt, j. Buchdr. m. etwas Vermögen bietet sich Gelegenheit s. Ankauf einer Buchdrucker, geringe Anzahlung, die wegen hohen Alters des Besitzers s. Verkauft ist. 2. Offerte: Schöneb. u. Verlegermahl, modernstes Schriftmaterial. Offerten unter Nr. 944 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Mit 5—6000 Mk. sucht tüchtiger, er-

fahren Buchdrucker zu beteiligen. Offerten unter A. K. 948 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Nach Dresden

wird ein tüchtiger Maschinenmeister in mittleren Jahren, welcher im Illustrations- und Buchdruck erfahren sein muß, gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 943 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Johannistfest

theaterl., Geschenkart., Altenl. Graph. Verlagsanst., Halle a. S.

Tüchtiger

Maschinenmeister

als Obermaschinenmeister von mittlerer Stuttgarter Druckeri gesucht. Bewerber muß mit Johannistberger Zweitlorenmaschinen (Duz) bewandert sein und selbst an einer Maschine mitarbeiten, das Personal beaufsichtigen und die Bedienung besorgen. Bezahlung auszuübende. Wohnungsschaft 48—50 Mk. Ausgehende Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter J. M. 945 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Galvanoplastiker

mittleren Alters, tüchtiger Präger, für sofort gesucht. Offerten mit Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche an die Geschäftsstelle d. Bl. 1946 **Hannoversche Kalligraphische Hannover, Alte Keller Heerstraße 39a.**

Schweizerdegen

(25 Jahre), ein Ziegel- und Schnellpresse erfahren, tüchtiger Holzdegen- und Inzeratenmacher mit langjähriger Erfahrung, in ungeklärter Position, wünscht sich baldigst zu verändern. Off. Offerten an C. Kühne, Köpenick, Grünauer Str. 2, erbeten.

SCHWARZKÜNSTLERS FREUDENTAGE

6 humoristische Buchdrucker-Postkarten in Vierfarben-Buchdruck 40 Pfg. franko. C. Fritz, Frankfurt a. M. 3

H. MATHAEUS DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung,
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

160 Inzeratenmuster 60 Pf.
Interess. Sammlung zeitgem. Vorlagen a. d. Praxis.
100 Holzdegenvorlagen 60 Pf.
Prima Referenzen. In tausenden Exempl. verbreitet.
Verlag S. Wienands, Buchdrucker, Bonn a. Rh.

Zurichmesser und Scheren Abkahlleine, Bügel,
(Rastlerlöse), Verjener und Durchschlage, Schut-
anzüge für Maschinenmeister empfiehlt S. Engel,
München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. [644

Am 18. Juni verschied nach nur 20 tages
Krankheit infolge einer schweren Nieren-
entzündung unser langjähriges treues Mit-
glied und lieber Kollege, der Seher

Otto Rau

im Alter von 36 1/2 Jahren. Derselbe war
ein aufrichtiger Charakter und treuer Ver-
treter unserer Prinzipien. Wir werden demsel-
ben ein dauerndes Andenken bewahren.
[949] Bezirksverein Mannheim.

Todesanzeige

Am 19. Juni verstarb nach längerer
Krankheit an den Folgen einer Darm-
operation unser langjähriges Mitglied, der
Seher

Anton Fiedler

aus Urs a. Mosel im Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Mey (B. D. B.).

Adressen für Zusendungen
an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker
und Schriftsetzer“:
für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen:
Willi Krahl;
„Rundschau, Volkswirtschaft und literarisches:
C. Schaeffer;
„Korrespondenz, Ausland und Gewerkschafts-
wesen: Karl Schmalz;
„Verbandsnachrichten, Inzerate, Offerten, Post-
anweisungen usw.: Georg Böhlisch;
hauptsächlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 14111).
Straßen- und Hausnummer sind stets anzugeben!